

**POSTULAT** von Willy Haderer (SVP, Untereingstringen)

betreffend bezahlte Lehrstellen

---

Erstmals ist im Kanton Zürich mit der Firma Global Communication Technology (GCT) ein Unternehmen mit dem Firmenzweck der Lehrlingsausbildung gegründet worden. Der Kanton Zürich unterstützt dies mit der Bewilligung für die Lehrlinge zum Besuch der Öffentlichen Berufsschulen.

Der Regierungsrat wird eingeladen, diese Bewilligung mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen. Gleichzeitig wird er ersucht, geeignete Massnahmen zur Schaffung eines attraktiven Umfeldes für die duale Lehrlingsausbildung in der Informatikbranche zu ergreifen.

Willy Haderer

Begründung:

Grundsätzlich ist gegen eine Initiative wie sie die GCT ergriffen hat, nichts einzuwenden, wenn dies ausschliesslich auf privatwirtschaftlicher Basis erfolgt. Sie verhält sich damit analog zu irgendeiner anderen Privatschule. Abzulehnen ist hingegen, dass die Öffentliche Hand durch die Erlaubnis zum Besuch der Berufsschule durch die Lehrlinge zum Mittel der indirekten Subventionierung greift.

Darüber hinaus setzt der Regierungsrat mit der Unterstützung dieses Modells das bewährte - und durch die erst abgeschlossene Revision zu einem neuen Berufsbildungsgesetz auf eidgenössischer Ebene bestätigte - duale Ausbildungsprinzip in der Informatikbranche und ganz generell in der Wirtschaft unbedacht aufs Spiel.

Gemäss Fachexperten ist die Ausbildung von Informatiklehrlingen in etwa eine Nullsummenrechnung. Treten Firmen am Markt auf, die sich die Lehrlingsausbildung mit zusätzlich staatlicher Unterstützung bezahlen lassen, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sich die nach dem dualen Prinzip ausbildenden Firmen aus dem Lehrlingswesen verabschieden. Ebenso ist nicht auszuschliessen, dass nur noch Firmen ausbilden, die die Informatiklehrlinge als billige Arbeitskräfte missbrauchen.

Zudem verletzt der, in diesem Fall von den Lehrlingen (Eltern) verlangte „Lehrpreis“ von 50'000 Franken, das Gebot der gleichen Chancen. Dies zeigt sich auch im erwähnten Fall darin, dass bisher nicht genügend geeignete Lehrverhältnisse abgeschlossen werden konnten aber Bewerber mit ungenügenden Fähigkeiten sich gerne eine solche Lehrstelle „kaufen“ wollten.

Die angestrebte Finanzierung der Lehrlingsausbildung durch externe Aufträge führt zudem zu einem staatlich mitverursachten Preisdumping und zu unerwünschter Konkurrenzierung von anderen auf dem freien Markt auftretenden Firmen, die keine indirekten Subventionen erhalten.

Im Weiteren leistet dieses Modell der Bildung von Lehrwerkstätten Vorschub, womit der in der traditionellen betrieblichen Lehrlingsausbildung bewährte Praxis-Input nach dem dualen

Prinzip entfallen würde. Die Lehrlingsausbildung würde damit ausschliesslich staatlich gelenkt, was nicht im Interesse der Wirtschaft und aus ordnungspolitischen Gründen abzulehnen ist.

Um die Attraktivität der Lehrlingsausbildung in der Informatikbranche nach dem dualen Prinzip zu erhalten beziehungsweise zu steigern, ist der Regierungsrat deshalb gehalten, durch einen geeigneten Massnahmenkatalog die theoretische und praktische Lehrlingsausbildung sicherzustellen.